



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK  
EUROSYSTEM

# ERKLÄRUNG ZUR GELDPOLITIK

Frankfurt am Main, 30. April 2026

## PRESSEKONFERENZ

**Christine Lagarde, Präsidentin der  
EZB, Luis de Guindos, Vizepräsident der EZB**

Guten Tag, der Vizepräsident und ich begrüßen Sie zu unserer Pressekonferenz.

Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB unverändert zu belassen. Die neu verfügbaren Daten stehen zwar weitgehend im Einklang mit unserer bisherigen Einschätzung zu den Inflationsaussichten, die Aufwärtsrisiken für die Inflation und die Abwärtsrisiken für das Wachstum haben sich jedoch erhöht. Wir sind fest entschlossen, die Geldpolitik so auszurichten, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2 % stabilisiert.

Durch den Krieg im Nahen Osten sind die Energiepreise kräftig gestiegen, was die Inflation in die Höhe treibt und das Konjunkturklima belastet. Die Folgen des Krieges für die mittelfristige Inflation und die Wirtschaftstätigkeit werden von der Intensität und der Dauer des Energiepreisschocks sowie vom Ausmaß seiner indirekten Auswirkungen und Zweitrundeneffekte abhängen. Je länger der Krieg anhält und je länger die Energiepreise auf hohem Niveau bleiben, desto stärker wird sich dies voraussichtlich auf die allgemeine Inflation und die Wirtschaft auswirken.

Wir sind weiterhin gut gerüstet, um die aktuelle Unsicherheit zu bewältigen. Als der Euroraum in diese Phase stark steigender Energiepreise eintrat, lag die Inflationsrate in der Nähe unseres Zielwerts von 2 %. Die Wirtschaft hat sich in den letzten Quartalen als widerstandsfähig erwiesen. Die längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest verankert. Allerdings sind die Inflationserwartungen über kürzere Zeithorizonte erheblich gestiegen.

Wir werden die Lage genau beobachten und bei der Festlegung des angemessenen geldpolitischen Kurses einen datengestützten Ansatz verfolgen und von Sitzung zu Sitzung entscheiden. So werden unsere Zinsbeschlüsse auf unserer Beurteilung der Inflationsaussichten und der damit verbundenen

**Europäische Zentralbank**  
Generaldirektion Kommunikation  
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland  
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: [media@ecb.europa.eu](mailto:media@ecb.europa.eu), Website: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Risiken, vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, sowie der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation und der Stärke der geldpolitischen Transmission basieren. Wir legen uns nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest.

Die heute gefassten Beschlüsse finden sich in einer [Pressemitteilung](#) auf unserer Website.

Ich werde nun näher erläutern, wie sich die Wirtschaft und die Inflation unseres Erachtens entwickeln werden. Anschließend werde ich auf unsere Einschätzung der finanziellen und monetären Bedingungen eingehen.

## Wirtschaftstätigkeit

Die Wirtschaft des Euroraums hatte gerade etwas Fahrt aufgenommen, als die aktuellen Turbulenzen einsetzten. Der vorläufigen Schnellschätzung von Eurostat zufolge erhöhte sich das reale BIP im ersten Quartal 2026 um 0,1 %. Die Binnennachfrage ist nach wie vor der wichtigste Wachstumstreiber. Sie wird durch einen robusten Arbeitsmarkt gestützt. Die Konjunkturaussichten sind jedoch mit hoher Unsicherheit behaftet. Sie werden davon abhängen, wie lange der Krieg im Nahen Osten anhält und wie stark er die Märkte für Energie und andere Rohstoffe sowie die globalen Lieferketten beeinträchtigt.

Die aktuellen Daten deuten darauf hin, dass der Konflikt die Konjunktur belastet. Umfrageergebnisse deuten auf eine Wachstumsverlangsamung hin, und Verbraucher und Unternehmen blicken seit Beginn des Krieges weniger zuversichtlich in die Zukunft. Längere Lieferzeiten und steigende Vorleistungspreise lassen darauf schließen, dass die Lieferketten allmählich unter Druck geraten.

Perspektivisch dürften hohe Energiekosten die Realeinkommen weiterhin belasten und dazu führen, dass private Haushalte und Unternehmen zögerlicher konsumieren und investieren. Die Arbeitslosenquote blieb zwar im März mit 6,2 % in der Nähe ihres historischen Tiefstands, die Nachfrage nach Arbeitskräften ging aber weiter zurück. Zugleich ist die Finanzlage der privaten Haushalte nach wie vor solide, und die Investitionen dürften von den höheren Staatsausgaben für Verteidigung und Infrastruktur sowie von Unternehmen, die zunehmend in neue digitale Technologien investieren, gestützt werden. Diese günstige Ausgangslage bietet einen gewissen Puffer gegenüber den Auswirkungen des Krieges.

Der EZB-Rat hebt hervor, dass es dringend notwendig ist, die Wirtschaft im Euroraum zu stärken und zugleich solide Staatsfinanzen zu gewährleisten. Finanzpolitische Reaktionen auf den

Energiepreisschock sollten befristet, zielgerichtet und auf die jeweilige Situation zugeschnitten sein. Reformen, die darauf abzielen, das Wachstumspotenzial des Euroraums zu erhöhen und die Energiewende zu beschleunigen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, sind wichtiger denn je. Die Vollendung der Spar- und Investitionsunion ist entscheidend für die Finanzierung von Innovationen, die Förderung des digitalen Wandels und die Steigerung der Produktivität. Der digitale Euro und tokenisiertes Zentralbankgeld für Finanzmarkttransaktionen werden die strategische Autonomie, Wettbewerbsfähigkeit und finanzielle Integration Europas stärken und Innovationen im Zahlungsverkehr vorantreiben. Daher ist es besonders wichtig, die Verordnung zur Einführung des digitalen Euro rasch anzunehmen. Die Vereinfachung und Harmonisierung von Vorschriften im gesamten EU-Binnenmarkt werden zu einem schnelleren Wachstum europäischer Unternehmen beitragen.

## Inflation

Die Inflation stieg im April auf 3,0 %, nach 2,6 % im März und 1,9 % im Februar. Der Anstieg ist getragen von stark anziehenden Energiepreisen, die auf den Krieg im Nahen Osten zurückzuführen sind. Bei Energie erhöhte sich die Teuerung im April sprunghaft auf 10,9 %. Im März hatte sie bei 5,1 % gelegen. Die Inflation bei Nahrungsmitteln stieg im April geringfügig auf 2,5 %. Die Inflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel ging von 2,3 % im März auf 2,2 % zurück. Darin spiegelt sich ein Rückgang der Teuerung bei Dienstleistungen von 3,2 % im März auf 3,0 % wider. Der Preisauftrieb bei Waren erhöhte sich auf 0,8 %, nach 0,5 % im März.

Die Indikatoren der zugrunde liegenden Inflation haben sich in den letzten Monaten kaum verändert. Der EZB-Indikator für die Lohnentwicklung (Wage Tracker) und Umfragen zu den Lohnerwartungen deuten bislang weiterhin auf sinkende Arbeitskosten im Laufe des Jahres 2026 hin. Zugleich lassen Umfrageergebnisse auf einen Anstieg bei anderen Kostenkomponenten und bei den Verkaufspreiserwartungen schließen. Die Inflationserwartungen sind über kürzere Zeithorizonte erheblich gestiegen. Die meisten Messgrößen der längerfristigen Inflationserwartungen liegen bei rund 2 %. Dies begünstigt, dass sich die Inflation auf mittlere Frist in der Nähe des Zielwerts stabilisiert.

Angesichts des Energiepreisanstiegs wird die Inflation auf kurze Frist bei deutlich über 2 % bleiben. Angesichts des länger werdenden Zeitraums mit hohen Energiepreisen schlagen indirekte Auswirkungen und Zweitrundeneffekte voraussichtlich stärker auf die allgemeine Inflation durch. Wir werden daher den Umfang und die Dauer des starken Energiepreisanstiegs und seine Auswirkungen

auf die Preis- und Lohnentwicklung, die Inflationserwartungen und die gesamtwirtschaftliche Dynamik genau beobachten.

## Risikobewertung

Die Risiken für die Wachstumsaussichten sind abwärtsgerichtet. Der Krieg im Nahen Osten stellt für die Wirtschaft im Euroraum weiterhin ein Abwärtsrisiko dar und verschärft das volatile weltweite Politikumfeld. Eine anhaltende Störung der Energieversorgung könnte die Energiepreise stärker und länger als derzeit erwartet in die Höhe treiben. Diese Faktoren würden die Einkommen schmälern und dazu führen, dass sich Unternehmen und private Haushalte mit Investitionen und Ausgaben zurückhalten. Der bremsende Effekt auf das Wachstum würde sich verstärken, wenn die Blockade wichtiger Seewege zu akuten Engpässen bei zentralen Vorleistungen führte und Unternehmen im Euroraum dadurch gezwungen wären, die Produktion zu drosseln. Eine Eintrübung der Stimmung an den globalen Finanzmärkten könnte die Nachfrage weiter schwächen. Zusätzliche Friktionen im Welthandel könnten Störungen bei den Lieferketten verschärfen, einen Rückgang der Exporte verursachen sowie den Konsum und die Investitionen schwächen. Andere geopolitische Spannungen, insbesondere der ungerechtfertigte Krieg Russlands gegen die Ukraine, sind nach wie vor ein großer Unsicherheitsfaktor. Das Wachstum könnte hingegen höher ausfallen, wenn die Wirtschaft sich hinsichtlich der durch den Krieg im Nahen Osten verursachten Störungen als anpassungsfähiger erweise oder der Konflikt rascher beigelegt würde als derzeit erwartet. Zudem könnten die geplanten Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur, Reformen zur Steigerung der Produktivität sowie der Einsatz neuer Technologien durch die Unternehmen im Euroraum das Wachstum stärker als erwartet ankurbeln. Neue Handelsabkommen und eine tiefere Integration des Binnenmarkts könnten ihrerseits das Wachstum stärker ankurbeln als derzeit erwartet.

Die Risiken für die Inflationsaussichten sind aufwärtsgerichtet. Wenn die Energiepreise stärker und für länger als derzeit erwartet anstiegen, nähme die Inflation im Euroraum weiter zu. Dies könnte verstärkt werden und länger anhalten, wenn sich die höheren Energiepreise stärker als erwartet auf andere Preise und die Löhne auswirkten, wenn in der Folge die längerfristigen Inflationserwartungen anstiegen oder wenn es zu breiter angelegten Störungen der globalen Lieferketten käme. Anhaltende handelspolitische Spannungen könnten zu stärker fragmentierten globalen Lieferketten führen, die Versorgung mit kritischen Rohstoffen beeinträchtigen und Kapazitätsengpässe in der Wirtschaft des Euroraums verstärken. Die Inflation könnte hingegen niedriger ausfallen, wenn die wirtschaftlichen Folgen des Krieges im Nahen Osten von kürzerer Dauer wären als gegenwärtig erwartet oder die

indirekten Auswirkungen und Zweitrundeneffekte weniger ausgeprägt wären. Mehr Volatilität und eine größere Risikoaversion an den Finanzmärkten könnten die Nachfrage belasten und damit auch die Inflation verringern.

## Finanzielle und monetäre Bedingungen

Der Krieg im Nahen Osten hat für erhebliche Volatilität an den globalen Finanzmärkten gesorgt. Die allgemeinen Finanzierungsbedingungen sind weiterhin restriktiver als vor dem Krieg.

Die Kosten der marktbasierter Fremdfinanzierung sind von 3,5 % im Februar auf 3,9 im März gestiegen. Basierend auf vor dem Krieg erhobenen Daten sanken die Zinsen für Bankkredite an Unternehmen im Februar geringfügig auf 3,5 %, während die Zinsen für Immobilienkredite unverändert bei 3,4 % lagen.

Das jährliche Wachstum der Bankkreditvergabe an Unternehmen erhöhte sich im März auf 3,2 %, nach 3,0 % im Februar. Die Wachstumsrate der Emission von Unternehmensanleihen ging indes von 4,5 % im Februar auf 3,9 % zurück. Die Kreditrichtlinien für Unternehmenskredite verschärfen sich im ersten Quartal 2026. Dies geht aus unserer jüngsten Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum hervor. Diese Verschärfung war darauf zurückzuführen, dass den Banken die wirtschaftlichen Risiken ihrer Kunden zunehmend Sorgen bereiteten. Die Kreditnachfrage der Unternehmen, insbesondere für Anlageinvestitionen, nahm im ersten Quartal leicht ab.

Vor dem Hintergrund einer leichten Verschärfung der Kreditrichtlinien und einer unveränderten Nachfrage, nahm die Vergabe von Immobilienkrediten im März um 3,0 % zu, verglichen mit 3,1 % im Februar.

## Schlussfolgerung

Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB unverändert zu belassen. Wir sind fest entschlossen, die Geldpolitik so auszurichten, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2 % stabilisiert. Die Festlegung des angemessenen geldpolitischen Kurses wird von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung erfolgen. Unsere Zinsbeschlüsse werden auf unserer Beurteilung der Inflationsaussichten und der damit verbundenen Risiken, vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, sowie der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation und der

Stärke der geldpolitischen Transmission basieren. Wir legen uns nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest.

Wir sind in jedem Fall bereit, alle unsere Instrumente im Rahmen unseres Mandats anzupassen, um für eine nachhaltige Stabilisierung der Inflation bei unserem mittelfristigen Zielwert zu sorgen und um die reibungslose Funktionsfähigkeit der geldpolitischen Transmission aufrechtzuerhalten.

Gerne beantworten wir nun Ihre Fragen.

*Der Wortlaut, auf den sich der EZB-Rat verständigt hat, ist der englischen Originalfassung zu entnehmen.*